



Nr. 267.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

95. Jahrgang.

Veränderungswerte: 6 mal wöchentlich, Einzelheftpreis: Die kleinste Heftzahl 60 Pf. Bestellungen 2. — Wk. — Auf Sammlungsbestellungen kommt ein Zuschlag von 100% — Preis 9.

Montag, den 15. November 1920.

Bezugspreis: In der Stadt mit Zehrlohn Wk. 12,00 Vierteljährlich, halbjährlich 22,00, jährlich 42,00 mit Postgebühren. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

### Die Antwort der Entente in der Dieselmotorenfrage.

#### Vorläufig keine Beschlagnahme.

Berlin, 13. Nov. In der Frage der Dieselmotoren ist der heutigen Friedensdelegation in Paris die Antwortnote der Vorschafsterkonferenz übermittelt worden, in der es heißt: Nach gründlicher Prüfung ist die Vorschafsterkonferenz zu folgender Entscheidung gekommen: Die von der interalliierten Marinekontrollkommission angeordneten Ermittlungen haben ergeben, daß abgesehen von einem Vorrat von ungefähr 296 Unterseebootmotoren die Zahl der industriell verwendeten Motoren unbedeutend ist. Diese Zahlen befürchten die Vorschafsterkonferenz in der Ansicht, daß Dieselmotoren bei der Verwendung in der Industrie n. d. wirtschaftlich arbeiten und rechtfertigen andererseits die Auffassung, daß Dieselmotoren in Wirklichkeit nicht beabsichtigt, die Motoren zur industriellen Verwendung in Anspruch zu nehmen. Da aber die deutsche Regierung versichert, daß es möglich sei, die Dieselmotoren wirtschaftlich gut auszunutzen, so will die Vorschafsterkonferenz, die keineswegs den Wunsch hat, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu beeinträchtigen, diese Versicherung gelten lassen. Sie ist daher bereit, die Motoren bis auf weiteres zur Verfügung der deutschen Regierung zu lassen, vorausgesetzt, daß sie nur zu Handels- oder gewerblichen Zwecken verwendet werden. Bedingung für diese Entscheidung ist, daß die deutsche Regierung bis zum 31. März 1921 ein Verzeichnis aller Motoren, die industriell verwandt oder andererseits nicht eingestuft wurden, der Kontrollkommission übermitteln und ihr die Kontrolle über die wirtschaftliche Verwendung dieser Motoren in jeder Weise erleichtern. Die Vorschafsterkonferenz behält sich vor, bezüglich der bis zum 31. März 1921 nicht industriell verwerteten Dieselmotoren zu entscheiden, daß sie unter Artikel 192 des Friedensvertrags fallen.

### Eröffnung der Völkerbundsversammlung.

(W.B.) Genf, 14. Nov. Die Vorbereitungen für die Eröffnung der Völkerbundsversammlung in Genf, die infolge der knapp gewordenen Zeit in fieberhafter Eile betrieben werden mußten, gehen ihrer Vollendung entgegen. Die Stadt zeigt ein lebhaftes Treiben und ist reich besetzt. Vor dem Hotel des Bergues, in dem die Delegation des Bundesrats und die Mitglieder der schweizerischen Völkerbundsdelegation, sowie eine Reihe ausländischer Delegationen abgestiegen sind, staute sich während des ganzen Tages eine große schaulustige Menge. Im Laufe des Sonntag trat noch eine Reihe von Delegationen ein, so daß nunmehr die Vertretungen der 42 im Völkerbund zusammengeschlossenen Nationen ziemlich vollständig in Genf vertreten sind. Aus Anlaß der Eröffnung der Völkerbundsversammlung fand heute vormittag ein feierlicher vom Bischof von Lausanne und Genf, Mgr. Besson, geleiteter katholischer Gottesdienst statt, an dem auch Bundespräsident Motta teilnahm. An dem feierlichen protestantischen Gottesdienst zu Ehren des Völkerbunds nahmen die übrigen in Genf anwesenden Mitglieder des Bundesrats, sowie die schweizerische Völkerbundsdelegation vollständig teil. Staatsrat Signoux, der von der Genfer Regierung mit den Angelegenheiten des Völkerbunds betraut ist, begrüßte in einer sehr herzlich gehaltenen Ansprache die Vertreter der Presse und erklärte, daß die gesamte Genfer Bevölkerung sich dem herzlichsten Willkommensgruß anschließe. Die Genfer Bevölkerung habe vor 18 Monaten mit großer Freude Kenntnis genommen von der Wahl Genfs als Sitz des Völkerbunds. Die Genfer würden untröstlich sein, wenn dieser Völkerbund sich nicht entwickeln und der Welt den Frieden sichern würde, den die ganze Menschheit so herbeisehne. Soffentlich würden die Pressevertreter von Genf hoffnungsreiche Botschaften übermitteln können, damit die Welt mit Sicherheit und Vertrauen in die Zukunft blicken könne. Wenn die Verträge, die unterzeichnet wurden, vielleicht auch nicht jedermann befriedigen können, so enthielten sie doch den Keim für eine bessere Zukunft. Und diese bessere Zukunft, der Frieden, müsse durch den Völkerbund zur Tat werden. Die Stadt Genf biete dem neugeborenen Völkerbund ein behagliches Asyl und werde ihn mit aller Liebe umgeben, wie auch die ganze Schweiz über die wertvolle (?) Existenz des Völkerbunds, den sie von nun an heherbergen werde, wache. Staatsrat Signoux schloß seine mit starkem Beifall aufgenommene Rede mit einem herzlichsten Willkommensgruß der Stadt Genf, der Stadt der Schutzsuchenden, der Stadt des Roten Kreuzes, der Stadt des Sitzes des ersten internationalen Schiedsgerichts.

### Die Tagesordnung.

(W.B.) Genf, 13. Nov. Auf der Tagesordnung der Sitzung des Völkerbunds vom Sonntag nachmittag stehen als die zwei Hauptpunkte die Verfassung von Danzig und der litauisch-polnische Konflikt. Das Ausnahmegebot Österreichs in den Völkerbund ist am Freitag morgen beim Generalsekretariat des Völkerbunds in Genf eingetroffen. Auf der Tagesordnung der ersten Sitzung der Völkerbundsversammlung stehen drei Punkte: Verlesung des Einberufungsschreibens durch Grynans, Ansprache vom Bundespräsident Motta, Wahl des Präsidenten. Aus Kreisen des Generalsekretariats des Völkerbunds wird erklärt, daß der Völkerbundsrat keinen Vorschlag einbringen werde. Man nimmt an, daß die ersten 10 Tage den Vollzügen gewidmet werden, die folgenden 10 Tage den Arbeiten der Kommissionen, die letzten 10 den Kommissionsberichten und ihrer Diskussion in der Versammlung.

### Eine französische Stimme

über die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund.  
Paris, 14. Nov. Der „Petit Parisien“ drückt aus Anlaß des Zusammentritts des Völkerbunds die Frage der Zulassung Deutschlands zum Völkerbund und kommt zu dem Schluß, daß wenn Deutschland dem von den Alliierten aufgestellten Plan für die Wiedergutmachung und die Bezahlung der deutschen Schuldsomme annehme und in jeder Beziehung seinen guten Willen beweise, seinen Verpflichtungen nachzukommen, Frankreich selbst das größte Interesse daran habe, daß der ehemalige Feind Mitglied des Völkerbunds werde.

### Zur äußeren Lage.

#### Die deutsche Hochfinanz

zur Wiedergutmachungsfrage.  
\* Berlin, 13. Nov. Ein Vertreter der „B. Z. a. Mittag“ befragte mehrere führende Mitglieder der deutschen Hochfinanz wegen der Aeußerung der „Times“, wonach verantwortliche Kreise der deutschen Finanzwelt nicht länger dafür wären, daß der Betrag der deutschen Entschädigung heute festgestellt werde, weil die deutsche und die alliierte Zahl wahrscheinlich noch so auseinandergehen, daß ein Uebereinkommen nicht zustande käme. Einer der befragten Herren, der Geschäftsführer der Distontogesellschaft, Urbug, erklärte, er könne nur sagen, daß wir grundsätzlich eine feste Schuldsumme kennen müßten. Brüssel und Genf hätten überhaupt nur dann einen Zweck, wenn uns gewisse Zugeständnisse zur Schaffung der Zahlungsmöglichkeit gewährt würden, wie die Sicherung Obereschlesiens, die Ermäßigung der Besatzungskosten, die Gewährung von Schiffsraum usw. — Seitens der Deutschen Bank wurde erklärt, daß überall in der deutschen Finanzwelt die Ueberzeugung herrsche, daß die Schuldsumme unbedingt endgültig festgestellt werden müsse. Auch maßgebende amtliche Finanzstellen erklären, daß sie mit aller Energie auf die Festlegung einer bestimmten Schuldsumme hindrängen.

#### Das italienisch-südslawische Abkommen.

Rom, 15. Nov. Der König empfing am Sonntag den Ministerpräsidenten Giolitti, der über das Abkommen von Rapallo ausführlich Bericht erstattete. Heute Vormittag wird wahrscheinlich der Ministerrat eine Sitzung abhalten. Die Ratifikation des Abkommens wird während der Behandlung des diesbezüglichen Gesekentwurfs durch das Parlament und nach vollzogener Ratifikation des Abkommens durch Jugoslawien, dessen Delegation die sofortige Vornahme dieses Aktes zugesichert hat, erfolgen. Die Gebietsabtretungen sollen nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden erfolgen.

#### D'Annunzio sabotiert das Abkommen.

Rom, 14. Nov. In der Kammer erklärte der Marineminister auf verschiedene Anfragen, daß die neuerliche Besetzung von Dalmatien nicht durch reguläre Truppen erfolgt sei. Admiral Mile sei auf seinem Posten und die ganze Marine stehe zur Verfügung der Regierung. Es handle sich anscheinend um Freiwillige d'Annunzios, welche die Inseln Beglia und Arbe besetzt haben. Sie seien von der Bevölkerung freundlich aufgenommen worden.

### Der Krieg im Osten.

#### Die Katastrophe der Armee Wrangels.

Paris, 14. Nov. Die Pariser Morgenpresse bestätigt, daß das Heer des Generals Wrangel sich in einer überaus kritischen Lage befindet. Der „Matin“ erklärt, die Bolschewisten würden in der Krim Material in solcher Menge finden, daß sie ihre Macht konsolidieren und zu neuen Unternehmungen schreiten könnten. Das Blatt fügt hinzu, Frankreich habe Wrangel moralisch und materiell unterstützt. Die Niederlage, die auf ein unerklärliches

Zurückweichen zurückzuführen sei, könne also Frankreich nicht zur Last gelegt werden.

Paris, 14. Nov. Zu den Ereignissen in der Krim sagt die Agence Havas, daß die militärischen Kreise von dem raschen Rückzug der gut ausgerüsteten und kriegsgewohnten 25 Divisionen Wrangels überrascht seien, die noch vor 14 Tagen 100 Kilometer vor der nunmehr durchbrochenen Perskopol-Linie erfolgreich gekämpft hätten. Sewastopol sei unmittelbar gefährdet. Die französische Regierung gewähre Wrangel immerhin ihre Hilfe und habe den Panzerkreuzer „Balbec Rousseau“ beauftragt, die französische Mission unter Martel, die Mitglieder der Regierung Wrangels und den General Wrangel selbst an Bord zu nehmen. Die Außergefährdung der Armee Wrangel werde auf die antibolschewistischen Streitkräfte in Ungarn, in der Ukraine und anderswo keinen Einfluß ausüben.

#### England bleibt „neutral.“

(W.B.) London, 13. Nov. Auf die Nachricht von dem Einbringen der roten Truppen in die Krim erhielt die britische Flotte den Befehl, sich neutral zu verhalten. Die Admiralität hat dem Oberbefehlshaber der Mittelmeerflotte den Befehl gegeben, strengste Neutralität zu beobachten. — Außer der Hilfeleistung bei den Abtransporten der Flüchtlinge soll keine Intervention gestattet werden. Die Truppen des Generals Wrangel sollen sich auf 300 000 Mann belaufen. Es sollen sich 30 000 russische Gefangene in seinen Händen befinden.

(W.B.) Konstantinopel, 14. Nov. Nach einem Bericht aus London hat General Townshend ein Ersuchen Wrangels, das Kommando in der Krim zu übernehmen, dahin beantwortet, daß er es seinen Wählern überlassen wolle, ob er sie im Unterhaus vertreten oder nach der Krim gehen solle. — (Ja, die Engländer sind Gemütsmenschen.)

#### Eine türkische Offensive gegen die Griechen in Kleinasien.

London, 13. Nov. „Daily Mail“ meldet aus Konstantinopel vom 10. November, daß die türkischen Nationalisten an der gesamten Westfront Kleinasiens von Bursa bis Utschak Teiloffensiven begonnen haben. Die Griechen haben Janischcher, Znegos und Sinaw geräumt.

### Ausland.

#### Die Bergarbeiterbewegung in Frankreich.

Paris, 13. Nov. Wie man der „Liberte“ mitteilt, erlaubt das Bureau der Bergarbeitergewerkschaft, man glaube nicht, innerhalb 48 Stunden noch mögliche Verhandlungen mit den Bergwerksbesitzern zu einem guten Ende führen zu können. Es stehe daher die Gefahr, daß der Bergarbeiterausstand am 15. November automatisch ausbreche. Der Arbeitsminister habe bereits die Präfekten angewiesen, die gemischten regionalen Ausschüsse einzuberufen und Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Grubenbesitzern einzuleiten.

#### Französische Seelente

#### verhindern Munitionsbeförderung.

Marseille, 14. Nov. Der Dampfer „Ormeo“ der 2. Klasse Maritime konnte den Hafen nicht verlassen, weil die Seelente die Entladung von Munition, die sich an Bord befand, verlangten. Die Passagiere mußten an Land zurückkehren.

#### Asquith über die irische Frage.

(W.B.) London, 14. Nov. Bei einer liberalen Kundgebung in Nordlondon hielt Asquith eine Ansprache, in der er sagte, die Lage in Irland sei ein Vorwurf und eine Schande für die englische Staatsleitung und die englische Vernunft. Seiner Ansicht nach gebe es nur einen Weg, auf dem das Problem gelöst werden könne, nämlich englischerseits das Angebot und irischerseits die Annahme einer freien und ungehemmten Selbstregierung für Irland.

#### Italienische Sympathiekundgebung für Irland.

Rom, 14. Nov. (Stefani.) In der Kammer brachte der Deputierte Mauri einen Antrag ein, in dem Irland lebhafteste Sympathie bekundet wird, da das Land für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für die Sache der nationalen Befreiungskämpfe. Dem irischen Volk werden eine glückliche Zukunft, Freiheit, Friede und Wohlfahrt gewünscht.

### Vermischtes.

#### Eine lebhafteste kommunistische

#### Betriebsräteversammlung.

Berlin, 14. Nov. Die Betriebsräte der Alt- und der Neukommunisten, etwa 1800 an der Zahl, hielten heute Vormittag im Sportpalast eine Versammlung ab. Nachdem mehrere Redner

ds 1/8 Uhr,  
f  
- und  
abend  
septells  
er  
Troubadour  
a etc.  
n E. Kirchherr  
ov. 1920  
sflug  
henbach  
um Löwen  
ht einladet  
benzell.  
e  
ung.  
ehelichen Ein-  
die ergebene  
seige  
haus  
en Mittags-  
bemerken,  
chokolade, u.  
zu haben ist.  
itte, empfehle  
urdan.  
Oestliche 56.  
ung.  
alws und Um-  
ochen einen  
n Man-  
laufen,  
os usw.  
auf haben nur  
ihre Einkaufs-  
und Kataloge  
0. November im  
merer  
Oestl. 56  
e ständig  
eisch  
all. Vieh,  
rt, zu Fisch-  
erzwecken  
amtlich erlaubt.  
pp, Rohrdorf  
Telefon 6.  
eithose  
re Figur zu kaufen  
Angebote unter  
6 an die Geschäfs-  
Blattes.



gesprochen hatten, erschien plötzlich eine große Zahl Arbeitslosen vor dem Gebäude und eine Deputation begab sich in den Saal, um für sie ebenfalls die Redefreiheit in Anspruch zu nehmen. Nach längerem Parlamentieren gab der Vorstand der Betriebsräteversammlung angesichts der drohenden Haltung der Arbeitslosen nach und gestattete, daß die Arbeitslosen ebenfalls zu Wort kommen. Diese ergingen sich in wilden Angriffen gegen die Betriebsräte, verurteilten die papierenen Resolutionen und verlangten, daß man sofort zur Aktion übergehen solle. Der Vorstand der Betriebsräteversammlung wurde von den Arbeitslosen, die inzwischen in erheblicher Stärke in den Saal eingebracht waren, mit den wüsten Schimpfwörtern belegt. Der Tumult steigerte sich derart, daß die weiteren Redner nicht mehr zu verstehen waren und der Vorstand Wegmann die Versammlung auflösen mußte. Beim Hinauströmen der Versammlungsteilnehmer kam es dann noch nach heftigen Wortgefechten zu Tätlichkeiten, wobei mehrere Personen übel zugerichtet wurden, sodas sie zum Arzt gebracht werden mußten. Im übrigen ereignete sich nirgends irgendwelche Zwischenfälle von besonderer Bedeutung.

### Intermezzo.

Von Hans Swapper.

Schauplatz: Kabarett „Fledermaus“.

Zwei kleine Tische, rund, nebeneinander in einer Ecke.

An dem einen sitzt ein Pärchen. Beide nach der neuesten Mode gekleidet. Sie raucht Zigaretten, läßt ihre schwarzen Gläsern umherschweifen. Er, im Vollbewußtsein des Siegers, schlürft Tee mit Rum.

Am Neuentisch ein Herr im Cutaway, silbergrauer Weste. Vor ihm eine schlankhalsige Flasche. Scheinbar teilnahmslos lauscht er den Reden des Orchesters. In Wirklichkeit müht er die Kleine. Die muß Kaffe haben! denkt er. Diese Augen! Das Mädel gefällt ihm. Und er ihr wohl auch, denn schon blicken die tiefgründigen Sterne über dem Stupsnäschen ihn fest herausfordernd.

Ob er eine Annäherung versucht? Er rückt seinen Korbsessel etwas mehr herum: „Verzeihen Sie! Gnädigste kommen mir so bekannt vor. Ich glaube, Sie schon irgendwo auf dem Brett bewundert zu haben!“ Sagt er mit einem harmlosen Lächeln, dabei mit einem scharfen Seitenblick ihren Begleiter musternd. Wer weiß ...

Ja, er konnte es nicht wissen. Denn statt ihrer antwortet der Begleiter: „D, das ist wohl ein Irrtum, mein Herr. Vielleicht haben Sie mich einmal dort gesehen. Ich bin nämlich —“

„M...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

„...“

### Nützliche Bekanntmachungen.

Verfügung der Fleischverorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern über Viehverkehr usw.

Die Verfügung der Fleischverorgungsstelle für Württemberg und Hohenzollern über Viehverkehr vom 30. September 1920 (Staatsanzeiger Nr. 224) wird mit Zustimmung des Ernährungsministeriums wie folgt geändert:

- § 19 erhält folgende Fassung:  
Die Fleischverorgungsstelle erhebt folgende Gebühren:
1. Für die Zulassung zum Viehhandel für jeden Oberamtsbezirk, in dem der Handel gestattet wird, mindestens aber 50 M für 1 Handelschein . . . . . 30 M
  2. Für die Zulassung zum Verkauf von Vieh durch Gewerbetreibende für jeden Oberamtsbezirk, in dem der Verkauf gestattet wird,
    - a) bei Fleischwarenfabrikanten . . . . . 30 "
    - b) bei Metzgern . . . . . 5 "
  3. Für jeden Schlachtschein . . . . . 2 "
  4. Für die Erteilung der Erlaubnis zur Ausfuhr für je 1 Stück
    - a) Großvieh . . . . . 30 "
    - b) Kälber und Schafe je . . . . . 5 "
    - c) Schweine . . . . . 10 "
    - d) für 1 kg Fleisch- und Wurstwaren . . . . . 0.10 M
- Stuttgart, den 9. November 1920. Mayer.

Alles, was mit Milchhygiene zusammenhängt, sind ebenfalls vorgegeben und auch bestimmte Normen bezüglich Behandlung und Bewertung der Sauermilch aufgestellt. Es folgen weiter allerlei rechtliche Bestimmungen für die beiden Vertragsparteien, die Um- und in der Liefergemeinde, die Kennenbeschaffung, das Rücktrittsrecht, die Zufuhr usw. regeln. Der Preis soll, soweit der eigentliche Geschäftspreis in Frage kommt, im Rahmen der Höchstpreise gehalten sein, die Nebenkosten — Bringlohn — sollen aber in dem Lieferpreis einbezogen und unter Anlesung an die Höchstpreise ein Preis frei Eisenbahnwagen der Abgangsstation bestimmt werden. Die Vertragsdauer ist auf ein Jahr vorgesehen, läuft aber, wenn nicht ein Vierteljahr vor Ablauf gekündigt wird, stillschweigend um ein Jahr weiter. Kündigungen, die früher erfolgen, bedürfen der Gültigkeit der Genehmigung eines Schiedsgerichts. Letzteres soll gebildet werden aus je einem von d. Landwirtschaftskammer und dem Städtetag ernennenden Beisitzer; den Vorsitzenden ernannt die Landesverorgungsstelle. Schließlich sind noch bestimmte Normen für Vertragsstrafen in etwa möglichen, genau umschriebenen Fällen von Vertragsverletzungen vorgegeben und der Rechtsstand im allgemeinen dargelegt. Endlich ist noch bestimmt, daß die Genehmigung der Landesverorgungsstelle erforderlich ist, ehe ein solcher Vertrag rechtskräftig ist. Es wurde dann noch ein Vertragsentwurf beraten, den die Liefergenossen mit den einzelnen Kuhhaltern abzusprechen haben, die ihnen Milch liefern sollen. Ueber den weiteren Fortgang der Sache teilt Amtmann Sögler mit, daß mit den übrigen süddeutschen Staaten Fühlung genommen werde, um ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen. Das Vertragsformular soll von einem kleinen Kreis noch endgültig festgelegt und wenn nötig durch eine größere Versammlung noch Aufklärung über Wesen und Wert dieses neuen Schrittes gegeben werden.

### Steuerausschuß.

(CSB.) Stuttgart, 9. Nov. Der Steuerausschuß trat heute in die Spezialberatung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Landessteuergesetz ein. Zu Art. 1, der den Anteil des Staates und der Gemeinden auf zwei Drittel des Aufkommens der Einkommen- und Körperschaftsteuer festsetzt, wurde zunächst eine Eingabe des Städtetags bekannt gegeben, die den Gemeinden einen größeren Anteil als in dem Entwurf vorgesehenen Anteil gesichert wissen will. Sodann stellte der Abg. Hiller (D.P.) den Antrag: Dem Art. 1 Abs. 1 die Fassung zu geben: „Der Staat erhält von der ihm nach Landessteuergesetz § 56 Abs. 2 gewährleisteten Summe einen Betrag, der dem tatsächlich eingegangenen Aufkommen an staatlicher Einkommen-, Vermögens- und Kapitalsteuer im Rechnungsjahr 1919 zugüglich einer Steigerung von 25 Prozent entspricht.“ Im Falle der Ablehnung dieses Antrags wurde folgender Alternativantrag gestellt: „Der Staat erhält von dem nach Landessteuergesetz § 56 Abs. 2 gewährleisteten Mindestbetrag eine Summe, die dem tatsächlichen, tatsächlich eingegangenen Aufkommen an staatlicher Einkommensteuer zugüglich einer Steigerung von 10 Prozent und an der Vermögens- und Kapitalsteuer zugüglich 25 Prozent, je im Rechnungsjahr 1919, entspricht.“ Gegen diese Anträge wandte sich der Minister d. Finanzen, da hiedurch die gut situierten Gemeinden gegenüber schlecht situierten im Vorteil wären. Ebenso wandte sich der Finanzminister dagegen, da man eine sichere Grundlage erst erhalten, wenn man wisse, was das Gesamtaufkommen des Reiches sei. Der Staat dürfe in seinem Einkommen nicht zu sehr beschränkt werden, da er sonst die ihm auferlegten Lasten nicht mehr zu übernehmen in der Lage sei. Ein Zuschuß an den Ausgleichsfonds, zu dem der Staat zunächst 20 Millionen Mark beitragen wolle, sichere den bedürftigen Gemeinden völlige Garantie. Für die Übernahme der persönlichen Schulkosten in allen Gemeinden bestche kein Bedürfnis, namentlich nicht in wohlhabenden Gemeinden. Es soll aus dem Ausgleichsfonds auch nur den bedürftigen Gemeinden geholfen werden. Je ein Vertreter der D. b. P. und des Zentrums wandte sich ebenfalls gegen den Antrag Hiller, der hierauf mit 11 gegen 4 Stimmen der Rechte abgelehnt wurde. Art. 1 des Regierungsentwurfs wurde darauf unverändert angenommen. Ebenso fand Art. 2 unveränderte Annahme. Art. 3 wurde in 4 Absätze zerlegt. Satz 1 des Absatz 1 wurde als Abs. 2 bestimmt. Als Abs. 2 wurde folgender Wortlaut festgelegt: „Dem Ausgleichsfond fließen ferner erforderlichenfalls Staatsbeiträge zu, die in den Staatshaushaltplan eingestellt werden.“ Als Abs. 3 soll der bisherige Abs. 2 und als Abs. 4 der bisherige Satz 2 des Abs. 1 gelten. Art. 4 wurde in der Voransetzung angenommen, daß keine Bürgergehörungen verteilt werden und in Abs. 1 soll gesetzt werden: „An Gemeinden mit einer Gemeindeumlage von mehr als 18 Prozent können Zuschüsse gewährt werden.“ Ein Wunsch der D. b. P. auf Erhöhung des Prozentsatzes wurde abgelehnt. Morgen Fortsetzung der Beratung bei Art. 6.

### Vollversammlung der Handwerkskammer Heutlingen.

Unter dem Vorsitz von Obermeister Boellmer-Rottenburg trat letzten Mittwoch im großen Rathaussaal in Heutlingen die Handwerkskammer des Schwarzwaldkreises zu ihrer 41. Vollversammlung zusammen. Die Arbeitnehmer des Handwerks waren durch den Gesellenausschuß vertreten. Den Mittelpunkt der Tagung bildete der Tätigkeitsbericht des Geschäftsführers, Syndikus Hermann, in welchem eingehend die mißliche wirtschaftliche Lage des Gesamthandwerks beleuchtet wurde. Sehr eingehend beschäftigte sich der Redner mit der Notlage des Bauhandwerks und der Wohnungsnot. Nur eine Vorkehrung von der seitherigen Mietpreis-Politik und durch angemessene Erhöhung der Mieten unter gleichzeitiger Bürgschaftleistung von Staat und Gemeinden für Neubauten könne die private Bautätigkeit wieder in Gang gebracht werden. Der vorliegende Gesellentwurf einer Mietsteuer könne zu einer grundlegenden Besserung auf diesem Gebiete nicht führen, er wirke antisozial. Ein altes französisches Sprichwort sage: „Alles geht, wenn das Bauhandwerk geht.“ Das gelte heute mehr denn je. In dem vorliegenden Gesellentwurf über die Regelung der Arbeitszeit gelte es, dafür Sorge zu tragen, daß bei allen denjenigen Gewerbezweigen, in denen der Achtstundentag ruhmlos und produktionshemmend wirke, so insbesondere im gesamten Baugewerbe, durch Verfügung der Landeszentralbehörden allgemein gültig eine 10—11stündige Arbeitszeit angeordnet werden könne. Die Arbeitnehmer des Handwerks blieben dabei noch erheblich unter der normalen Arbeitszeit der Industriearbeiter zurück. Bezüglich der da und dort auftretenden Neugründungen von Produktivgenossenschaften der Bauarbeiter gelte es von vornherein dafür Sorge zu tragen, daß jede Bevorzugung seitens der Gemeinden und des Staates ausgeschlossen werde. Soweit diese Genossenschaften überhaupt lebensfähig seien, was in den meisten Fällen nicht der Fall sein werde, dürfen sie nicht anders behandelt werden, als irgend ein privater Unternehmer. Ferdinand Lassalle habe seinerzeit mit der Idee der Produktivgenossenschaft ein völliges Fiasko erlebt; auch im Handwerk seien die Erfahrungen mit dieser Genossenschaftsart recht trübe. Auf dem Gebiete des öffentlichen Vergebungswezens stellt Syndikus Hermann fest, daß sowohl Staats- wie Gemeindebehörden in immer größerem Umfange den Versuch machen, die bestehende Vergebungsordnung zu sabotieren, was nicht scharf genug gerügt werden könne. Sowohl von Staats- wie von Gemeindebeamten müsse verlangt werden, daß sie sich genau so an die bestehenden Verordnungen halten, wie sie das andererseits von jedem Staatsbürger verlangen. Fehler und Mißgriffe hätten sich zweifellos auch durch Verschulden des Handwerks ergeben, das berechtigt aber nicht zu einer Verallgemeinerung und Gesetzesüberschreitung! Das von ihm schon vor einem Jahre in der Nationalversammlung geforderte Reichsvergebungsrecht müsse endlich dem Reichstag vorgelegt werden. In den metallverarbeitenden Gewerben mache sich in besonderem Maße das Kostendiktat von Spa und andererseits die Diktatur der Schwerindustrie in recht unangenehmer Weise bemerkbar. Die Zukunft des Handwerks sieht Redner nicht für hoffnungslos an, im Gegenteil werde die kommende Zeit viel mehr die Zeit des kleinen Mannes sein!

Was die eigentliche Geschäftstätigkeit der Kammer anbelangt, so hat sich dieselbe im vergangenen Jahre ganz außerordentlich gesteigert. Nicht weniger als 95 000 Ein- und Ausgänge gegen 4 000 im letzten Friedensjahr kennzeichnen am besten die gewaltige Arbeit, die auf den verschiedensten Gebieten seitens der Kammer zu verrichten war. Dabei ist der Beamtenstand derselbe wie im Vorjahre! Auf dem Gebiete des Prüfungswezens ist zu berichten, daß das Jahr 1920 eine erfreuliche Zunahme der Gesellenprüfungen aufweist mit 1563 Gesellen gegen 1280 im Jahre 1919. Zur Meisterprüfung hatten sich letztes Jahr 455 Kandidaten gemeldet, wovon 434 die Prüfung bestanden. Sowohl bei den Gesellen- wie bei den Meisterprüfungen kann die erfreuliche Tatsache festgestellt werden, daß recht gute Arbeiten geleistet wurden. Neue Anmeldungen für die diesjährigen Meisterprüfungen liegen bereits annähernd 400 vor. Wie im vorigen Jahre, so hat auch dieses Jahr die Kammer 20 Vorbereitungslehre in den einzelnen Bezirkskreisen eingeleitet, um so den Meisterprüfungen die Kosten der Prüfung wesentlich zu erleichtern. Die berufliche Organisation in dem abgelaufenen Geschäftsjahr konnte um weitere 25 Innungen vermehrt werden.

Die Kammer nahm sodann einstimmig den Entwurf einer von ihr erlassenen Verordnung über Mindestsätze für die Entschädigung von Lehrlingen an. — Die Vorschläge des Reichshandwerkergesetzes, das die gesamte Handwerksorganisation auf den Boden der Pflichtzugehörigkeit stellt, wurde einstimmig gutgeheißen. Die Zusammenfassung der württ. Handwerkskammern und der württ. Innungsfachverbände in einen „Landesverband des württ. Handwerks“ hält die Vollversammlung für notwendig und zweckmäßig, nicht aber die Errichtung einer besonderen Geschäftsstelle hierfür. Für den ausscheidenden Obermeister Frh. Teufel-Tutlingen wird Schlossermeister August Koch-Mottweil in den Vorstand gewählt. Der Entwurf eines Haushaltplans pro 1920—21 wurde einstimmig gutgeheißen und beträgt die Umlage pro 1920—21 250 000 M. Syndikus Hermann widmet den ausscheidenden und nicht wiederkehrenden Mitgliedern der Kammer Worte des wärmsten Dankes für ihre langjährige treue Mitarbeit. Obermeister Weible-Tübingen sprach dem Geschäftsführer der Kammer, Syndikus Hermann, den wärmsten Dank für seine zielbewußte und fruchtbringende Tätigkeit aus und knüpfte daran die Bitte, er möge als Vorkämpfer auch weiterhin dem Handwerk dienen. Mit lebhafter Begeisterung nahm die Vollversammlung dann zum Schluß die Mitteilung von Syndikus Hermann entgegen, daß er die ihm angebotene Berufung sowohl in den Reichs- wie in den württ. Staatsdienst abgelehnt habe, um in der kommenden schweren Zeit sich ganz dem Handwerk widmen zu können.

e. Vi  
rats.)  
zits für  
Zukunft  
der Vor  
legenheit  
pflegers,  
Beschlote  
Straßen  
bestellen.  
und 21.  
von 50  
Bäume,  
streichen  
streifen  
fragen u  
der Eiser  
das Auf  
halb gen  
(CSB)  
Häute l  
zielten 1  
Bullenhä  
(CSB)  
tischen P  
temberg  
810 000  
(CSB)  
hng de  
Stuttgar  
und zu G  
wanderu  
lich noch  
redend f  
die Neug  
Die Zah  
stiegen,  
lust ist  
tätigkeit  
nungen  
punkt.  
nungen  
der Vor  
Steigen  
gestellten  
Fremden  
sucher de  
der Gesu  
bis Aug  
der gene  
stüfung  
(CSB)  
der Um  
st ad t,  
Holzle  
Dr. Mar  
(CSB)  
mitgete  
des Gef  
de länd  
anleibe  
75 11 70  
Holzle  
bember,  
Denkmä  
die Feier  
Gemeinde  
durch ein  
dich zutr  
Geistliche  
Zeller au  
Gerechten  
sie an; f  
dann die  
festlich ge  
Kriegerde  
wie der  
halten. I  
geungen  
lehrer Hö  
liche und  
übergab d  
an die h  
heiß Noll  
Feier aus  
Kranz der  
Pflichterf  
mahnte so  
Als Obm  
Delan Ze  
meinde ha  
ein Denk  
scher Tre  
Namens  
Schreiner  
sammlung,  
legte ein  
Herr Bau  
der Verein  
doppelt ge  
lungen be  
eintrahm  
Kirchlein“



## utlingen.

Immer-Rottenburg in Neutlingen reisefes zu ihrer 41. J. immer des Handwerks. Den Mittelpunkt des Geschäftsführers, die mihliche wirtlichkeit wurde. Sehr r Kollage des Bau- me Abkehr von der gemessene Erhöhung leistung von Staat private Bautätigkeit geude Gesekentwurf den Besserung auf l. Ein alles fran- das Bauhandwerk im vorliegenden Ge- gelte es, dafür Gewerbezweigen, in ionshemmend wite, uch Verfügung der 10-11stündige Ar- ineiner des Hand- normalen Arbeits- er da und dort auf- enossenschaften der erge zu tragen, daß des Staates aus- asten überhaupt le- nicht der Fall sein en, als irgend ein e feinerzeit mit der Fiaso erlebt; auch er Genossenschaft- lichen Vergebungs- wohl Staats- wie ange den Versuch u sabotieren, was wohl von Staats- werden, daß sie sich halten, wie sie das gen. Fehler und g. Verschulden des zu einer Verallge- von ihm schon vor forderte Reichsver- gelegt werden. In ich in besonderem erteilt die Diktatur eife bemerkbar. Die hoffnungslos an, mehr die Zeit des

Kammer anbelangt, anz außerordentlich d Ausgänge gegen am besten die ge- ebieten seitens der amtenstand derselbe lungswesens ist zu Zunahme der Ge- en 1280 im Jahre Jahr 455 Kandi- den. Sowohl bei ann die erfreuliche Arbeiten geleistet übrigen Weiterprüf- Wie im vorigen 20. Vorbereitungs- et, um so den Weil- lich zu erleichtern enen Geschäftsjal: den.

den Entwurf einer ge für die Entschä- ge des Reichsver- ung eines Reichs- sorganisation auf de einstimmig gut- Handwerkskammern n „Landesverband ung für notwendig er besonderen Ge- Obermeister Fröh- aufst. Nachteil des Haushalplans n und beträgt die Hermann w. dmet n Mitgliedern der e langjährige treue ach dem Geschäfts- wärmsten Dank für it aus und knüpfte uch weiterhin dem g nahm die Voll- ung von Syndikus e Berufung sowohl nst abgelehnt habe, anz dem Handwerk

e. Viebzellen, 14. Nov. (Sitzung des Gemeindevrats.) Dem Krankenpflegeverein wird zur Deckung des Defizits für heuer ein Beitrag von 340 M bewilligt und für die Zukunft ein Jahresbeitrag in Aussicht gestellt. — Hierauf macht der Vorsitzende Mitteilung über verschiedene Wohnungsangelegenheiten. — Auf Antrag des Wegmeisters und Stadtpflegers, für die Ortsstraßen das notwendige Material zur Beschotterung zu beschaffen, wird beschloffen, 3 große Wagen Straßenschotter, 2 Wagen Fläschotter und 1 Wagen Grus zu bestellen. — Dem Kammergeschützerverein wird zu der am 20. und 21. d. Mts. hier stattfindenden Ganausstellung ein Beitrag von 50 M bewilligt. — Beschlossen wurde, die Gemeindeobstbäume, die gegenwärtig gerichtet werden, mit Kalkmilch bestreichen zu lassen und die Einwohnerschaft aufzufordern, auch ihrerseits zur Bekämpfung der Obstschädlinge die Bäume abstraken und bestreichen zu lassen. — Der Anschluß des Neubaus der Eisenbahnverwaltung an die städtische Wasserleitung macht das Aufgraben der Haugstetter Steige notwendig, was deshalb genehmigt wird.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Nov. Bei der letzten gut besuchten Häuteauktion war die Nachfrage rege. Ochsenhäute erzielten 14,40 bis 16 M, Kuhhäute ohne Kopf 16 bis 17,70 M, Bullenhäute ohne Kopf 12,80 bis 16,80 M.

(S.C.B.) Stuttgart, 13. Nov. Die Frauengruppen der politischen Parteien und die konfessionellen Frauenverbände Württembergs erlassen einen Protest wegen der Ablieferung von 810 000 Milchföhen an die Entente.

(S.C.B.) Stuttgart, 14. Nov. Nach der fortlaufenden Schreibung des Städt. Stat. Amtes hat die Einwohnerzahl von Stuttgart zu Anfang Juli 309 880, zu Anfang August 309 408 und zu Ende August 308 792 betragen. Es hat somit eine Abwanderung von 1088 Personen stattgefunden. Sie wird hoffentlich noch höher werden, da die Wohnungsnot groß ist. Selbstredend sind unter den zu- und abgewanderten Menschen auch die Neugeborenen und die in die ewige Heimat Abgerufenen. Die Zahl der Eheschließungen ist im Juli auf 35,3 Proz. gestiegen, im August auf 27,3 Prozent gesunken. Die Heiratslust ist trotz aller schwierigen Zeitumstände rege. Die Bautätigkeit erreichte im August mit 231 neu hergestellten Wohnungen einen seit dem Vorjahr noch nicht verzeichneten Höhepunkt. Die Zahl der durch Rationierung gewonnenen Wohnungen hat seit Juni ebenfalls etwas zugenommen. Die Zahl der Vormerkungen auf Familienwohnungen ist immer noch im Steigen begriffen (seit Juni um 700) und steht zu den bereitgestellten Wohnungen nach wie vor in keinem Verhältnis. Der Fremdenverkehr war lebhaft. Die Zahl der männlichen Besucher des Obdachlosenheims zeigt eine Steigerung. Die Zahl der Gesuche um Armenunterstützung weist in der Zeit vom Juli bis August eine Steigerung auf, der eine Erhöhung der Zahl der genehmigten Gesuche gleichläuft. An Erwerbslosenunterstützung wurden von Juni bis August 150 000 M ausbezahlt.

(S.C.B.) Horb, 13. Nov. Die Sägewerksbesitzer aus der Umgebung, aus dem Nagolsbühl und Freudenstadt, hielten eine Besprechung über die Auflösung der württ. Holzverkaufsgenossenschaft. Nach einem Vortrag von Syndikus Dr. Marquardt wurde beschloffen, die Gesellschaft nicht aufzulösen.

(S.C.B.) Freudenstadt, 14. Nov. Im Gemeinderat wurde mitgeteilt, daß das Stadtbauamt einen Plan für Aufteilung des Geldes beim Schwarzwalddorf als Siedlungsgelände ausarbeitet. Von der Aufnahme einer Stadtanleihe wird zunächst abgesehen.

## Denkmalseinweihungen.

Holzbrunn, 10. Nov. Der vergangene Sonntag, der 7. November, brachte unserer Gemeinde die feierliche Einweihung des Denkmals für ihre 19 gefallenen Söhne. Um 10 Uhr begann die Feier mit einem Gedächtnisgottesdienst in der Kirche. Neben Gemeinde- und Kindergefangen wurde die Feierlichkeit erhöht durch einen Solologsang von J. S. Bachs geistlichem Lied: „Gib dich zufrieden und sei stille“. Den liturgischen Teil leitete der Geistliche der Gemeinde, die Gedächtnispredigt hielt Herr Dekan Zeller aus Calw über den Text: Weisb. Sal. 3,1 u. 3: „Der Gerechten Seelen sind in Gottes Hand und keine Qual rühret sie an; sie sind im Frieden.“ — Um 1/2 Uhr sammelte sich alsdann die Gemeinde, sowie die zahlreichen auswärtigen Gäste am feierlich geschmückten Denkmal, in dessen unmittelbarer Nähe die Kriegervereine von Holzbrunn, Köhlerstal und Gütlingen, sowie der Chor des Männergesangvereins Aufstellung genommen hatten. Nach einleitendem Chor: „O Pan die ehrenwerte Schar“, gesungen vom Gesangverein unter Leitung von Herrn Hauptlehrer Höckling, wies zunächst Pfarverweser Meyer auf die feierliche und denkwürdige Stunde hin, die alle versammelt habe und übergab dann im Namen der Denkmalskommission das Denkmal an die bürgerliche Gemeinde. Namens dieser sprach Herr Schultheiß Rothfuß den Dank für die zahlreiche Beteiligung an der Feier aus und legte unter Worten herzlichen Bedenkens den Kranz der Gemeinde Holzbrunn am Denkmal nieder. Zu treuer Pflichterfüllung als dem besten Zeichen ehrenvollen Bedenkens mahnte sodann Herr Gemeindepfleger Pfeiffer die Anwesenden. Als Obmann der Kriegervereine unseres Bezirks sprach Herr Dekan Zeller von der Bedeutung, die ein Denkmal für eine Gemeinde habe, stelle es doch dar ein Ehrenmal heimatlischer Liebe, ein Denkmal deutschen Glaubens, ein Erinnerungszeichen deutscher Treue und ein Wahrzeichen deutscher Vaterlandsliebe. Namens des Kriegervereins richtete dessen Vorsitzender, Herr Schreinermeister Nische, erste, männliche Worte an die Versammlung, gelobend, der deutschen Toten nicht zu vergessen und legte einen Kranz nieder. Das gleiche tat für den Gesangverein Herr Baumwart Seeger, indem er darauf hinwies, daß gerade der Verein aus seinen Reihen viele Opfer zu beklagen und darum doppelt gern zur Ausgestaltung der Feier mit seinen Darbietungen beigetragen habe. Die Ansprachen unterbrechend und eintrahmend hatte der Chor eine Originalkomposition, „Walddörflein“, seines Dirigenten zur Darbietung gebracht.

Ein Kirchein ragt aus waldder Höh weit in das Land hinaus.

Im Dörlein drin in seiner Näh steht meiner Eltern Haus.

Drinn träumte ich den ersten Traum in selger Kinderzeit.

Du Kirchein klein, du Dörlein klein, dein denk ich allezeit.

Viel Freuden gab die Heimat mir in froher Jugendzeit.

Bald spielten und bald zankten doch nie voll Bitterkeit.

Wir waren eine muntre Schar, die betend einst gekniet

im Kirchein vor des Herrn Altar eh' uns das Leben scheid.

Bald kam des Krieges große Not, wir zogen alle aus,

von tauendfachem Tod bedroht, zu schützen Heim und Haus.

So mancher starb auf fremder Erd' den Tod fürs Vaterland,

drum grüßen Kränze, schwarzumflort von unsres Kircheins Wand.

Verstummet ist der Glocken Mund, der einst so hell erklang.

Nur eine gibt noch klagend kund der Heimat Not und Drang.

Und aus dem Kirchein steigt empor der Väter heißes Flehn:

Laß, Herr, trotz aller Feinde Haß das deutsche Volk bestehn!

Ein schlichter Stein ward nun geweiht der tapfern Heldenschar,

die in so langem, blutigem Streit der Heimat Hüter war.

Er soll ein stummer Zeuge sein von heiligem Opfermut,

der für die Heimat steht bereit allzeit mit Gut und Blut.

Nachdem auch noch Angehörige der Gefallenen am Denkmal Kränze niedergelegt hatten, schloß die denkwürdige Feier, die in der Erinnerung unserer Gemeinde und, will's Gott, zu ihrem und des Vaterlandes Segen bestehen bleiben soll, unvergeßlich.

Monakam, 14. Nov. Heute wurde hier das Kriegerdenkmal unter zahlreicher Beteiligung der Bevölkerung von hier und den Nachbargemeinden Unterhaugstett und Viebzellen feierlich eingeweiht. Vom eriteren Ort war der Militärverein erschienen. Das Denkmal hat einen passenden Platz inmitten des Orts auf dem alten Friedhof gefunden. Die unmittelbare Umgebung des Denkmals ist von kundiger Gärtnerei würdig gestaltet worden: Junge Bäumchen (ein Taurus, eine Birle, eine Linde und zwei Cypressen) sind in der Runde gepflanzt, der Platz vor dem Denkmal ist mit Blumen geziert. Den Stein selbst haben Frauenhände mit Guirlanden umwunden. Schultheiß Kloß begrüßte die Anwesenden. Er gab einen kurzen Überblick über die Entstehungsgeschichte des Denkmals und erwähnte, daß das Denkmal hier, am Begräbnisort unserer Ahnen, den geeigneten Standort gefunden habe. Hierauf sang der Gesangverein „Eintracht“ das Lied: „Heimatliebe“, in welchem in ergreifender Weise die Heimatliebe des sterbenden Kriegers zum Ausdruck kam. Nachdem die die Herzen bewegenden Klänge dieses Liedes verklungen waren, nahm Pfarrer Sengle das Wort zu einer längeren Ansprache. Der Gedanke, das Denkmal zu errichten, sei dem tiefen Bedürfnis entsprungen, den Söhnen unserer Gemeinde, denen es nicht vergönnt war, in die Heimat zurückzukehren, ein bleibendes, stets sichtbares Zeichen der Liebe, der Dankbarkeit, des ehrenden Andenkens zu stiften. Die gefallenen Krieger seien nicht unsonst gestorben; gleich Samenkörnern seien ihre irdischen Ueberreste in die Erde ausgestreut als eine Trübsalsaat, aus der, wie wir hoffen, doch noch die Frucht eines erneuerten Volkes hervorgehen werde. Hierauf trug der Gesangverein das stimmungsvolle „Morgenrot“ mit seinem zur Einkehr mahnenden, Darum still füg ich mich, wie Gott es will“, vor, worauf von zwei hiesigen Jungfrauen „ein Ehrenkranz auf unsrer Krieger Grab“ gesungen wurde in Gestalt eines Gedichtes, in welchem das Heimweh nach den gefallenen Lieben geschildert, aber auch auf den hingewiesen wird, der allein wahrhaft trösten und helfen kann. Die gehörten Worte fanden einen Widerhall in dem gemeinsam gesungenen: „Befiehl du deine Wege“, worauf noch ein Gedicht: „Unser Entschluß“ folgte, dessen Inhalt in dem „Entschluß“ gipfelte: „Dem Vaterlande muß geholfen werden, bringt auch die Arbeit mancherlei Beschwerden: Gott lohnt ein ernstliches Bemühen“. In einer Schlußansprache dankte Schultheiß Kloß dem Gesangverein und allen, die zur Verschönerung der Feier beigetragen und durch ihr persönliches Erscheinen ihr Interesse an derselben bekundet hätten. Schließlich legte Schultheiß Kloß im Namen der Gemeinde, der Vorstand des Gesangvereins namens des letzteren, je einen Kranz mit herzlichen Widmungen vor dem Denkmal nieder, wodurch die erhebende Feier ihren Abschluß fand.

## Der Finanzausschuß und die Ernährungsorganisation.

(S.C.B.) Stuttgart, 12. Nov. Der Finanzausschuß des Landtags setzte heute die Beratung des Etats des Arbeitsministeriums bei Titel 17 (Fleischverorgungsstelle) fort. Ein Antrag Ströbel verlangte die Aufhebung sobald als möglich, jedoch spätestens bis 1. Juli 1921. Andre beantragte, das Arbeitsministerium zu

ersuchen, den Abbau der Fleischverorgungsstelle planmäßig festzusetzen und deren Tätigkeit bis auf weiteres nur noch auf Kontrollmaßnahmen (Kontrolle der Viehausfuhr, des Viehhandels u. dergl.) zu beschränken. Während ein Redner des Bauernbundes den Hauptwert auf die gänzliche Aufhebung der Fleischverorgungsstelle zu einem bestimmten Termin legte, beantragte ein Zentrumsredner, daß eine Kontrolle des Viehhandels und der Viehausfuhr aus Württemberg zurzeit noch als notwendig beizubehalten sei. Der Antrag Ströbel wurde mit 5 Ja gegen 4 Nein und 7 Enthaltungen (Zentrum und Mehrheitssozialdemokr.) abgelehnt, der Antrag Andre einstimmig angenommen. Beim Titel Landesverorgungsamt wurde besonders die Zuckerverforgung der Bevölkerung und die Zuckerabgabe zur Weinzuckerung von sozialdemokratischer Seite und von einem Zentrumsabgeordneten kritisiert. Der letztere Redner forderte Aufschluß über die derzeitige Tätigkeit der Landesverorgungsstelle überhaupt. Der Arbeitsminister teilte mit, daß zurzeit noch 173 Personen bei der Landesverorgungsstelle beschäftigt seien. Ihre hauptsächlich Tätigkeit bestche in der Bewirtschaftung der Milchzeugnisse. Ein kleiner Teil des Personals habe sich mit der Zuckerverforgung abzugeben. Die Landesverorgungsstelle habe auch eine Anzahl Außenbeamte (Milchkontrollbeamte). Dagegen wandle sich ein Zentrumsredner. Die Milchverforgung müsse auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Kontrolle der Landwirte müsse von Landwirten selbst geschehen. Die Landwirtschaft müsse in Erzeuger- und Mollereigenossenschaften zusammengefaßt werden. Dann lasse sich erkennen, wer seiner Ablieferungsschuldigkeit nachkomme und wer nicht. Die staatliche Kontrolle dürfe erst in Frage kommen, wenn die Kontrolle der Erzeugerorganisation versagen sollte. Ein Redner des Bauernbundes bezweifelte die Sachverständigkeit der derzeitigen Milchkontrollen und wandle sich gegen Drohungen der letzteren, die gegen Landwirte ausgesprochen wurden. Der Arbeitsminister erklärte, daß die Zeit der Drohungen vorbei sein müsse. Damit werde nichts Gutes geschaffen. Verschlees Vorgehen der Milchkontrollen sei an die Landesverorgungsstelle mitzuteilen. Eine besondere Debatte, veranlaßt durch einen Zentrumsredner, stand über die Milchwirtschaft in den staatlichen Domänen. wurde festgestellt, daß einzelne Domänen zur viehlosen Wirtschaft übergegangen sind und daß andere in der Milchablieferung sehr zurückstehen. Der Abg. Dingler (W.B.) stellte den Antrag, die Milchkontrolle durch staatliche Kontrollen, nicht in Verbindung mit dem Ausbau der Lieferungsverträge, möglichst einzuschränken. Dieser Antrag wurde mit allen gegen 2 U.S.B. Stimmen angenommen und der Titel Landesverorgungsstelle selbst genehmigt. Beim Etat der Landesgetreidestelle beantragte der Abg. Ströbel ihre baldmöglichste Aufhebung. Ein Redner des Bauernbundes bemängelte die Art der Durchführung der Getreidebewirtschaftung. Eine größere Debatte entspann sich über einen Antrag Ströbel und Gen.: 1. das Staatsministerium möge dahin wirken, daß auf die Ablieferung von Pflächhabern wegen des ungenügenden Preises von 20,75 (im Erntejahr 1919/20) verzichtet und von jedem zwangsweise Vorgehen gegen die noch im Rückstand befindlichen Landwirte abgesehen werde. 2. Das Staatsministerium möge mit größtem Nachdruck dafür eintreten, daß den Landwirten, die Pflächhaber abgeliefert haben, mindestens der für Brotgetreide bezahlte Zuschlag ebenfalls nachbezahlt werde. Ein Zentrumsredner wollte Auskunft über die Frage der Getreideablieferung in Württemberg. Die Pflächhaberablieferung im letzten Jahre sei ein verheerendes Unternehmen von Seiten des Staates gewesen. Ein sozialdemokratischer Redner sprach sich gegen den Antrag Ströbel aus. Wer nicht ablesere, gehöre bestraft. Ein demokratischer Redner erklärte sich gegen den 1. Absatz des Antrags Ströbel. Das sei eine Prämie für Nichtablieferung zum Schaden der Ablieferer. Im selben Sinne sprachen sich Redner des Zentrums und der Mehrheitssozialdemokratie aus. Die Regierung teilte mit, daß im letzten Jahre 67 Prozent der Landwirte ihrer Haberablieferungspflicht in Württemberg nachgekommen seien. Die Getreideablieferung in Württemberg sei seit der neuen Ernte nicht schlecht. 35 Prozent des Ablieferungssolls seien bis jetzt abgeliefert. Der Abg. Flad (D. b. P.) beantragte, das Staatsministerium möge dahin wirken, daß denjenigen Landwirten, die ihr Ablieferungssoll im letzten Jahre vollständig erfüllt haben oder jetzt nachträglich erfüllen, der für Brotgetreide bezahlte Zuschlag nachbezahlt werde. Abg. Ströbel änderte seinen Antrag in Absatz 2 im Sinne des Antrages Flad weitgehend ab. Trotzdem wurde der Antrag Ströbel abgelehnt und der Antrag Flad mit 10 Ja und 1 Enthaltung gegen 5 Nein der Sozialdemokratie angenommen. Der Antrag Ströbel auf Aufhebung der Landesgetreidestelle wurde mit allen gegen 4 Stimmen des Bauernbundes und der Bürgerpartei abgelehnt. Zum Etat der Landeskartoffelstelle entspann sich eine Debatte über deren Abbau. Ein Antrag Ströbel beantragte die Aufhebung der Landeskartoffelstelle. Berichterstatter Pflüger stellte den Antrag, von den geforderten 220 000 Mark 70 000 Mark abzustrichen. Der Antrag Ströbel auf alsbaldige vollkommene Aufhebung wurde einstimmig angenommen, desgleichen der Antrag Pflüger. Die Landespreisstelle wurde einer kurzen Kritik unterzogen, der Titel selbst genehmigt. Bei Titel 22, der für die Beschaffung von Kanaleinrichtungsgegenständen für nachgeforderte Stellen 110 000 M anforderte, entspann sich eine Debatte über einen Antrag Andre, die ganze Position zu streichen, weil eine Reihe von Abteilungen des Arbeitsministeriums ausgegoben werde und deshalb nicht gleichzeitig an eine neue Beschaffung von Möbeln oder Bürogegenständen gegangen werden soll. Der Berichterstatter Pflüger beantragte, 65 000 M von den geforderten 110 000 M abzustrichen. Nach längerer Debatte wurde der Antrag Andre mit 6 Ja gegen 9 Nein abgelehnt und der Antrag Pflüger angenommen. Morgen Fortsetzung: 1. Etat des Landtags, 2. Nachträgliche Eingaben zum Justizetat, 3. Beamtenfragen.

für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Blöchlagerschen Buchdruckerei, Calw.



Stadtgemeinde Calw.  
**Bekanntmachung.**  
 Nachdem im Stall des Bäckermesters Friedrich Pfommer hier die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen ist, wurde vom Oberamt als Sperrgebiet die Haagaße bezeichnet; als Beobachtungsgebiet der übrige Teil der Stadt Calw.  
 Demnach ist insbesondere verboten:  
 1. Das Durchtreiben von Klauenvieh und das Durchfahren mit Wiederhauergeräthen durch die Stadt;  
 2. Der Handel mit Klauenvieh, wozu auch das Auffuchen von Bestellungen durch Händler zu verstehen ist;  
 3. Die Veranstaltungen von Versteigerungen von Klauenvieh; Ferner darf Klauenvieh aus dem Beobachtungsgebiet (Stadtgebiet) nicht entfernt werden.  
 Jeder weitere Ausbruch der Seuche, sowie jeder Verdacht einer solchen, sind unverzüglich beim Stadtschultheißenamt anzuzeigen; Unterlassung oder Verpöschung der Anzeige haben Bestrafung und Verlust des Entschädigungsanspruchs zur Folge.  
 Calw, den 15. November 1920.  
 Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

**Friedr. Daur, vorm. T. Schiller, Calw**  
 Kleider- u. Kostümstoffe  
 Blusen- und Rockstoffe.

**Wilhelm Kistler, Sindelfingen**  
 Kupfer- u. Schmiederei, Kesselschmiede, Apparatebauanst.  
**Anfertigung v. Kupferarbeiten**  
 jeder Art.  
 Spezialität: Dampf-, Wasserbad und einfache Brennerien in vollendeter Ausführung, bei billigster Berechnung.

**Calw.**  
 Bringe am Dienstag, den 16. ds. Mts., im Gasthof zum „Röhle“ einen großen Transport **Oberländ. Milch- u. Läufer-Schweine** zum Verkauf.  
 Die Tiere sind aus seuchenfreier Gegend. Kaufliebhaber ladet freundlich ein.  
**Wilhelm Gehring, Schweinehändler.**

**Die Bleichwaren** können abgeholt werden bei **Geschw. Deutsche, Lederstraße.**  
 Einfach möbliertes **Zimmer** von einem Herrn gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.  
**1 Mutter- u. Lamm-schaf** trächtig, und **2 Lamm-schafe** verkauft wegen Platzmangel **Christian Buchter, Möbelschreiner, Geddingen.**  
 Ein erstklassiges zum 2. mal 15 Wochen trächtiges **Mutter-Schwein** steht dem Verkauf aus **Wilhelm Fuchs, Schmiedemeister, Simmozheim.**  
 Althengstett. Ein schönes 8 Mon. altes **Zucht-Rind** verkauft **Paul Schrabi.**

2 junge **Halbhunde** hat zu verkaufen **Andreas Reutter, Liebersberg.**  
 Ein starkes, zur Zucht geeignetes **Schwein** verkauft **Leopold Schrotz, Zavelstein.**  
 Verkauf eine schwere Schaff- u. Rüh- oder tausch gegen eine leichtere **Fahr-Ruh** **Heinrich Holzäpfel, Liebenzell, Weiherstraße, Geddingen.**  
 Eine starke, schöne Schaff- **Ruh** steht dem Verkauf aus **Karl Dingler, Mehger.**  
 Eine jüngere, fehlerfreie Milch- und Schaff- **Ruh** verkauft. Wer liest die Geschäftsstelle des Blattes.

Heute Montag, d. 15. November werden die neu eingerichteten **Kassenräume** in Benützung genommen.  
**Spar- u. Vorschussbank Calw**  
 e. G. m. b. H.

**Sichern Sie sich unbedingt**  
 einen Platz für Ihre Anzeigen auf der **Weihnachts-Tafel** des Calwer Tagblattes. — **Schluss** der Anzeigenannahme **Donnerstag, den 18. ds.**

**Friedr. Daur, vorm. T. Schiller, Calw**  
 Samt- und Engl. Leder zu sehr ermäßigten Preisen.

**Es ist vollständig falsch,** wenn Sie der Ansicht sind, Anzeigen-Reklame verteuere die Ware, da die Kosten auf die Ware geschlagen werden.  
**Im Gegenteil** die Anzeigen-Reklame bringt einen schnelleren Vertrieb der Ware mit sich, sodaß der Kaufmann viel rascher sein Geld wieder erhält und deshalb nicht gezwungen ist, einen Zinsverlust auf seine Ware zu schlagen.  
**Richtig ist vielmehr** daß Geschäfte, die Anzeigen-Reklame machen, nicht allein aus obigem Grunde viel billiger verkaufen können, sondern auch deshalb, weil sie durch diese Reklame einen größeren Umsatz haben, dadurch im Großen einkaufen können und somit günstiger.

**Neue Fahrpläne** für den Oberamtsbezirk sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 50 Pfg. zu haben.

Beim Bedarf jeglicher Art von **DRUCKARBEITEN** wollen Sie sich unserer Firma erinnern. — Wir liefern alle Erzeugnisse des Buchdrucks von der einfachen Besuchskarte bis zum umfangreichen Werk rasch, preiswert und sauber ausgeführt  
**Druckerei des „Calwer Tagblatt“**  
 Geschäftsstelle: Lederstraße 151 — Fernsprech-Nummer 9

**Restaurant „Rebstöckle“ Stuttgart, Karlstraße 15**  
 Bekannt gute Küche, reine Weine, Stuttgart. u. Münchner Biere.  
 Es empfehlen sich **Hugo Stotz, u. Frau Klara, geb. Wochele.**

**Billige Fertel!**  
 Infolge direkten Einkaufs und waggonweisen Bezugs kann ich **Prima seuchenfreie Oldenburger und Hoyer Fertel,** bekanntlich die besten zur Mast, zu konkurrenzlosen Preisen liefern und offeriere freibleibend:  
 ca. 6-7 Wochen alte à Mark 220.-240.—  
 ca. 8-10 Wochen alte à Mark 270.-290.—  
 ca. 10-12 Wochen alte à Mark 295.-315.—  
 la Käufer von 50-100 Pfd. à Mk. 12.50-13.— per Pfd.  
 Versand unter Garantie für lebende Ankunft gegen Nachnahme. Amtstierärztliche Untersuchung vor Absendung. Streng reelle Bedienung. Ein Versuch führt zu regelmäßiger Nachbestellung.  
**J. Mohr jr. Ulm a. D.**

Breitenberg.  
**Das sogenannte Reitersteigle** von Breitenberg nach Glasmühle ist vom 15. ds. Mts. bis auf Weiteres infolge Wegbaues für den Verkehr gesperrt.  
 Den 13. November 1920.  
 Schultheißenamt.

**Winterschuwaren** für Erwachsene und Kinder empfiehlt **W. Schäberle, Hutgeschäft, Marktplatz.**  
**Friedr. Daur, vorm. T. Schiller, Calw**  
 Wollgarne in vorz. Qualität, äußerst billig.

**Musikhaus Ketterer, Pforzheim, Oestliche 56.**  
**Bekanntmachung.**  
 Wir machen dem werten Publikum Calws und Umgebung bekannt, daß wir in drei Wochen einen **Massen-Verkauf von Mandolinen, Gitarren, Laufen, Geigen, Zithern, Cellos usw.** veranstalten. Zu diesem billigen Verkauf haben nur Leute Berechtigung, die beim Einkauf ihre Einkaufskarte vorweisen können. Einkaufskarten und Kataloge sind noch längstens bis Samstag, den 20. November im **Musikhaus Ketterer Pforzheim - Altstadt, Oestl. 56** erhältlich.

Ich werde von jetzt ab wieder meine **Sprechstundenfähigkeit** aufnehmen und zwar für die **Wintermonate von 2-4 Uhr nachmittags.** Sonntags ausgenommen. Für Auswärtige telefonische Anmeldung Nr. 24 erbeten.  
**Dr. K. Fahrenkamp, Spezialarzt für innere Krankheiten, Bad Teinach.**

Ein junger, kräftiger **Mann** für Schleiferei und ein **Lehrling** für Feilenhauerei, können sofort eintreten **Gebr. Biblingmeyer Liebenzell, Feilenhauerei, Schleiferei.**  
 Ehrliches, tüchtiges **Mädchen** für Küche und Haushalt kann sofort eintreten bei **Frau Kaufm. Stegmaier, Höfen a. E.**

**Laufmädchen oder Frau** wird für zwei Stunden vor- mittags bei guter Bezahlung gesucht **Frau Wedmaier, Bahnhofsstr.**  
**Haushälter** für gute Artikel gesucht. **Otto Kriebler, Calw, Hirnauerstraße 224.**  
 Ein jüngerer **Biersührer,** sowie ein 14-15 jähriger **Bursche** für Hausarbeit können eintreten bei **E. Rafz, z. Bad. Hof.**

**Zugelassen** ist ein größerer, gelber **Hund.** Abzuholen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld innerhalb 3 Tagen. **Boßhardt jr., Teinach.**  
**Bestellungen auf farbige Webgarne** nimmt entgegen **H. Schmidt, Altensteig, vorm. Adrion, Telef. 87.** Haben ständig **50% Zuckermelasse auf Lager.** Preis 80 Mk. pro Ztr. mit la. Sach. **Gebr. Schlanderer, Unterreichenbach.**  
**Schöne Bettfedern** empfiehlt **Franz Mann, Kronengasse 106.**  
 Schöner **Rochhofen** preiswert zu verkaufen, ebendasselbe ist eine starke **Brückenwage** zu verkaufen oder zu verkaufen gegen eine leichtere. **R. Schwämmle, Schöfferei, Bad Teinach.**

**Zur**  
 Es ist Arbeiterbe-  
 Provinzial-  
 keit von a-  
 fer Real-  
 Gegenfah-  
 scheinung  
 die größte  
 Machtpot-  
 kürzlich m-  
 Sache sch-  
 Arbeiterfa-  
 schaftskam-  
 der auf d-  
 ment glau-  
 Sozialiste  
 übelt, daß  
 ten Geste-  
 daß erst i-  
 nung wie  
 Sicherheit  
 gefährdet  
 schaftskam-  
 den Rech-  
 den. Die  
 im Inter-  
 Betrieben  
 versorgen  
 erst zulä-  
 Zuspruch  
 bestens 3-  
 minister  
 Ausperru-  
 Hofstands-  
 gung der  
 daß durch  
 in keiner  
 nicht etw-  
 die viel-  
 könnten.  
 nahme, di-  
 Anklage  
 Verordnun-  
 wird; der  
 hin, inder  
 das Strei-  
 zunehmen  
 nisten ern-  
 fieren, so  
 von sozial-  
 und Puff-  
 Interess-  
 Die d-  
 zialen un-  
 wirtschaftl-  
 nach auße-  
 Ohnmacht  
 können.  
 wir an d-  
 Außenmin-  
 rung des  
 des nation-  
 man hört,  
 Franzosen  
 biets als  
 als eine  
 ständen a-  
 minister a-  
 lands in  
 Deutschlan-  
 wenn sein  
 wir mit  
 Betätigung  
 sungslo-  
 Reichsmin-  
 dung für  
 doch anbe-  
 wird, ist je-  
 vds ange-